

A stylized map of Mongolia composed of a grid of dots. Most dots are grey, but several are red, highlighting specific regions or points of interest. The map is positioned behind the title and authors' names.

Zwischen »Boom und Frust«

Parlamentswahlen in der Mongolei im Juni 2012

OYUNGEREL CHOGDON, UYANGA TSOGTSAIKHAN
UND KLAUS-PETER TREYDTE

Juni 2012

- Die Mongolei blickt auf 20 Jahre erfolgreiche Transformation zurück: von einem kommunistischen Zentralverwaltungsstaat stalinistischer Prägung über sowjetische Vorherrschaft und Satrapenfunktion im Ostblock bis hin zu einem geachteten Staat in der internationalen Staatengemeinschaft. Eine unblutige Revolution 1989, in deren Folge die alte kommunistische Parteikaderelite abtrat, brachte eine demokratische Entwicklung in Gang. Fünf transparent organisierte Parlaments- und Präsidentschaftswahlen konsolidierten die Demokratie und machten das Land zu einem politischen Erfolgsmodell in der Region.
- Die demokratische Transformation wurde durch einen wirtschaftspolitischen Umbau begleitet, der durch ein »Tal der Tränen« und über »Ebenen der Mühlen« führte. Entstaatlichung und Privatisierung der Wirtschaft in Kombination mit klimabedingten Schwierigkeiten in der Landwirtschaft bedeuteten für weite Teile der Bevölkerung Hunger und Elend. Heute befindet sich die Mongolei dank ihres Rohstoffreichtums auf der Überholspur: Wirtschaftswachstum und sozialpolitische Innovationen prägen das Land.
- Die Wahlen im Juni 2012 stehen im Spannungsverhältnis zwischen Boom und Tradition: neo-liberale Marktorientierung oder Beibehaltung sozialstaatlicher Kohärenz, post-kommunistisches Wählerverhalten oder neue Werteorientierung, nomadische und landwirtschaftliche Orientierung oder Hinwendung zu einer urbanen, modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft?

Wahlen und Entwicklung in der Mongolei zwischen 1990 und 2008

Seit der Wende von 1989/90, in deren Verlauf die politische Elite der Einheits- und Kaderpartei MRVP (Mongolische Revolutionäre Volkspartei) zum Rücktritt gezwungen worden war, führte die Mongolei insgesamt fünf demokratische Wahlen durch. Diese entsprachen in Durchführung und Transparenz zwar selten (westlichen) internationalen Standards, führten aber insgesamt immer zu einem tragfähigen Ergebnis.

Die erste freie Parlamentswahl fand im Jahre 1990 nach der Einführung des Mehrparteiensystems statt. Dieses vorläufige Parlament mit 51 Abgeordneten aus vier unterschiedlichen Parteien sollte solange tagen, bis die neue Verfassung der Mongolei verabschiedet sein würde. Diese trat schließlich 1992 in Kraft und verankerte die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative. Im Rahmen dieser neuen Grundordnung wurden insgesamt fünf Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgehalten.¹ Bei den Parlamentswahlen im Juni 1992 konnte die MRVP die absolute Mehrheit gewinnen und bei den Präsidentschaftswahlen am 18. Juni 1993 wurde Punsalmaagiin Otschirbat der erste direkt vom Volk gewählte Präsident der Mongolei. Im Juni 1996 verloren die Ex-Kommunisten der MRVP dann erstmals die Parlamentswahlen gegen eine Oppositionskoalition aus Mongolischer Nationaldemokratischer Partei (MNDP) und Mongolischer Sozialdemokratischer Partei (MSDP). Mendsaikhanj Enkhsaikhan (MNDP) wurde Regierungschef und Natsagiin Bagabandi (MRVP) im Juni 1997 Staatspräsident. Durch die miserable Lage der Wirtschaft Ende der 1990er Jahre und das dadurch entstandene Misstrauen der Bürger/innen gegenüber den regierenden Parteien wurden die Karten für die Parlamentswahlen im Jahre 2000 wieder neu gemischt. Die MRVP gewann die Wahlen mit großer Mehrheit und erhielt 72 von 76 Sitzen im Großen Staatskhural (Parlament). Nambaryn Enkhbayar wurde neuer Regierungschef, N. Bagabandi 2001 in seinem Amt als Staatspräsident bestätigt. Das Ergebnis der Parlamentswahlen im Juni/Juli 2004 fiel deutlich enger aus: die MRVP gewann 37 Sitze, das Bündnis Mutterland-Demokratie 34 Sitze.

Eine Koalitionsregierung von MRVP und Mutterland-Demokratie wählte Tsakhiagiin Elbegdorj zum Regierungschef und im folgenden Jahr wurde N. Enkhbayar (MRVP) mit 53,5 Prozent der Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Nach innerparteilichen Flügelkämpfen in der MRVP wurde Miyegombyn Enkhbold neuer Premierminister, musste seinen Posten allerdings nur ein Jahr später für Sanjaagiin Bayar räumen. Bei den Wahlen im Juni 2008 bekam die MRVP 46 und die Demokratische Partei (DP) 27 Sitze im Parlament. Im Nachgang der Wahl kam es jedoch zu gewaltsamen Unruhen mit fünf Toten, zahlreichen Verletzten und erheblichem Sachschaden. Nach Meinung internationaler Wahlbeobachter verlief die Wahl 2008 aber legitim. Allerdings hatten die Parteivorsitzenden von DP und MRVP noch vor der offiziellen Bekanntgabe der Wahlergebnisse abwechselnd ihren Sieg verkündet und damit die Situation beträchtlich angeheizt. Um einer Staatskrise zu entgehen und »guten« demokratischen Willen zu demonstrieren, ging die MRVP trotz ihres klaren Sieges eine Große Koalition im Sinne der »Nationalen Einheit« mit der DP ein. Diese wurde zunächst von S. Bayar als Premierminister geführt, der das Amt aus gesundheitlichen Gründen aber 2009 an Sükhbaataryn Batbold abgab. Im Sommer 2009 gewann Ts. Elbegdorj (DP) die Präsidentschaftswahl mit 51,2 Prozent. Der unterlegene N. Enkhbayar (MRVP) behauptet, dass ihn seine Partei nicht hinreichend für die Wiederwahl unterstützt hätte und schürt seither einen Machtkampf in der MRVP. Ende 2010, auf dem 26. Parteitag der MRVP, wurde die Um-, bzw. Rückbenennung der Partei in Mongolische Volkspartei (MVP) beschlossen, der Parteiname, unter dem die Partei 1921 gegründet worden war. Ende 2011 bewirkte N. Enkhbayar dann eine Neugründung einer Partei mit dem (alten) Namen MRVP, was die Abspaltung einer Gruppe um N. Enkhbayar besiegelte. Der Parteivorsitzende S. Batbold führt die Mehrheitsströmung als MVP weiter.

Parallel zur Demokratisierung lief eine Privatisierung und Modernisierung der Wirtschaft sowie eine Öffnung nach außen. Zum 30. Dezember 1992 wurde der Abzug der russischen Truppen aus der Mongolei abgeschlossen und am 29. April 1994 ein mongolisch-chinesischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Seit Januar 1997 ist die Mongolei Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO).

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass sich etwas mehr als 20 Jahre nach der Wende eine pluralistische repräsentative Demokratie in der Mongolei etabliert hat.

1. Parlamentswahlen in den Jahren 1992, 1996, 2000, 2004 und 2008; Präsidentschaftswahlen in den Jahren 1993, 1997, 2001, 2005 und 2009.



Auch die Wirtschaftsstruktur des Landes hat sich massiv und rapide verändert, wenngleich die sozialen Verwerfungen und die allgemeine Unzufriedenheit über die beschleunigte Liberalisierung, Privatisierung und Öffnung nach außen höher waren, als allgemein angenommen.

In den internationalen Evaluierungen werden die wirklichen Probleme der Mongolei mit der widersprüchlichen Formulierung »wirtschaftliche Transformation ohne sozialen Fortschritt« umschrieben. So ergibt sich die paradoxe Situation, dass dieses Wachstumsland gleichzeitig der Entwicklungshilfe bedarf. Für die Bezirke um die Hauptstadt Ulaanbaatar wurde die weltweit höchste Pro-Kopf-Entwicklungshilfe geleistet im Vergleich zu den ländlichen Regionen. In den *Millennium Development Goals* verpflichtete sich die Regierung, die Armutsgrenze auf 18 Prozent zu reduzieren; tatsächlich liegt sie heute mit ca. 30 Prozent fast doppelt so hoch (gemeinsame Ermittlung der Weltbank und des mongolischen Statistikamtes aus dem Jahr 2011). Zudem entfallen 91 Prozent des mongolischen Außenhandels sowie 99 Prozent des Kohleexports auf China. An diesen Indikatoren zeigt sich, wo die wirtschafts- und sozialpolitischen Zukunftsaufgaben der unabhängigen Mongolei liegen.

Die Mongolei zwischen Boom und sozialen Verwerfungen

Die wirtschaftliche Lage des Landes ist durch einen enormen Wachstumsschub von 17,3 Prozent im Jahre 2011 gekennzeichnet. Verglichen mit nur 6,4 Prozent Wachstum im Jahre 2010 bedeutet dies praktisch eine Verdreifachung des Wirtschaftswachstums gegenüber dem Vorjahr. Dieses explosionsartige Wachstum ist größtenteils den hohen Rohstoffpreisen im Welthandel zu verdanken. Entsprechend fiel in den offiziellen Statistiken die Arbeitslosenquote von 13 Prozent im Jahre 2010 auf neun Prozent im Jahre 2011.²

Bei diesen Parametern bedürfte es für eine Vollbeschäftigung in der Mongolei einer Wachstumsrate von 30 Prozent, was in den makroökonomischen Theorielehrbüchern nicht vorgesehen ist. Es ist offensichtlich, dass der Arbeitsmarkt massive strukturelle Defizite und

Verwerfungen aufweist. Trotz hoher Arbeitslosigkeit in der mongolischen Bevölkerung arbeiten gleichzeitig tausende chinesische und nordkoreanische Gastarbeiter auf den Baustellen des Landes. Als Grund wird die unzureichende Qualifikation der mongolischen Arbeitnehmer/innen für die neuen Wachstumssektoren angeführt. Die Realeinkommen der mongolischen Arbeitskräfte sinken, während die Inflation bei einer Größenordnung von 11 bis 18 Prozent liegt.³

Für die hohe Inflation im Jahre 2011 gibt es eine einfache makroökonomische Erklärung: Die öffentlichen Ausgaben stiegen im letzten Jahr um 56 Prozent und werden nach den Budgetzahlen in diesem Jahr noch einmal um 32 Prozent steigen. In Realgrößen haben sich die Regierungsausgaben zwischen 2009 und 2011 praktisch verdoppelt. Im Wesentlichen ist diese Entwicklung auf das Einlösen von Wahlversprechen zu direkten Transferleistungen an die Bevölkerung und auf Kapitaltransfers zurückzuführen. Durch die hohen Rohstoffpreise betrug das Haushaltsdefizit 2011 zwar nur 3,6 Prozent des Bruttoinlandprodukts, doch in Bezug auf die langfristig erwarteten Rohstoff Erlöse ergibt sich bereits jetzt ein strukturelles Haushaltsdefizit von 5,8 Prozent.

Diese pro-zyklische Fiskalpolitik gibt der Weltbank Anlass zu einer »Boom & Bust«-Befürchtung. Sollte sich die Eurokrise verlängern und China tatsächlich seine Wachstumsstrategie zurückfahren, wären fallende Rohstoffpreise und eine Wachstumskrise in der Mongolei die Folge, besteht doch der beträchtliche Teil des Staatshaushaltes aus den Erlösen des Rohstoffhandels mit China.

Die Boomsituation am Vorabend der Wahlen

In der unmittelbar bevorstehenden Wahlkampfzeit hat die Regierung ihre Wahlversprechen nun auf Druck der Gewerkschaft in einem Bündel sozialpolitischer Maßnahmen umgesetzt. Mit Wirkung zum 1. Februar 2012 wurden die Gehälter und Löhne des öffentlichen Dienstes um etwa 15 Prozent und zum 1. Mai noch einmal um 23 Prozent angehoben, sodass ein Staatsangestellter nun im Durchschnitt 370 Euro verdient. Auch die Renten-

2. Vgl. Weltbank (2012): Mongolia Quarterly Economic Update (Februar).

3. Weltbank (2012): Mongolia at a Glance.



Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung der Mongolei 2009–2012

Indikator	2009	2010	2011	2012
BSP Wachstum in %	-1,3	6,4	17,3	15,1
Rohstoffsektor Wachstum in %	0,2	7,4	15,3	22,1
Nicht-Rohst. Wachstum in %	6,3	10,2	10,2	18,7
Inflation in %/Jahr	1,9	14,3	15,1	17,9
Budget in % des BSP				
Steuern und sonst. Einnahmen	30,2	36,5	36,9	34,6
Ausgaben	35,2	35,2	42,9	46,4
Defizit	-4,5	1,7	-5,5	-10,6
Geldmenge Wachstum in %/Jahr	26,9	61,6	68,6	44,2
Zahlungsbilanzdefizit in % des BSP	-9,1	-14,9	-19,5	-16,3
Öffentliche Schuld insg. in % des BSP	46,6	42,2	47,1	47,6
Öffentliche Schuld (intern)	3,4	12	25,4	30,6
Öffentliche Schuld (Ausland)	43,3	30,2	26,9	17,1

Quelle: Internationaler Währungsfonds; Public Information Notice, PIN No. 11/146 vom 28. November 2011, S. 4

Anmerkungen: Für 2011 vorläufige Werte; für 2012 projizierte Werte; statistische Angaben von Weltbank und IWF nicht immer stimmig

bezüge wurden in zwei Tranchen angehoben: um 27 Prozent zum 1. Februar und noch einmal um insgesamt 53 Prozent im Mai. Premierminister S. Batbold rechnet vor, dass sich die Renten während seiner Amtszeit von 2008 bis 2012 verdoppelt hätten. Auch die Mindest-Wohlfahrtsunterstützungssätze und Transferleistungen für die Ärmsten wurden zum 1. Februar um 30 Prozent und zum 1. Mai noch einmal um 48 Prozent erhöht. Die Regierung geht in eine sozialpolitische Offensive und stützt diese auch mit einem sozialen Wohnungsbauprogramm von 124.000 Einheiten für weniger bemittelte und junge Familien. Darüber hinaus schüttet die Regierung seit 2010 pro Monat einen Barbetrag in Höhe von ca. 12 Euro an jeden Bürger und jede Bürgerin als Anteil an den Gewinnen der geförderten Bodenschätze aus. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Empfänger ein Millionär oder ein Erwerbsloser ist. Zusätzlich bekommt jeder der 140.000 mongolischen Studenten ab Januar 2012 ein Stipendium von umgerechnet 40 Euro im Monat. Die Regierung veranschlagt in diesem Jahr allein für diese Maßnahme rund 67 Mio. Euro.

Beim »Geldregen« spielt die wirtschaftsordnungspolitische Orientierung der Parteien offenbar keine große Rolle. Sowohl die sozialdemokratisch ausgerichtete

MVP (die frühere MRVP) als auch der liberal-demokratische Staatspräsident unterstützen Bargeldauszahlungen. Vor den Parlamentswahlen 2008 haben die MVP und DP den Wählern viel Geld versprochen. Knapp vier Jahre später, kurz von den nächsten Wahlen, werden die versprochenen Beträge in Höhe von ca. 580 Euro ausbezahlt, vorerst aber nur an alte sowie körperlich und geistig beeinträchtigte Bürger/innen.

Die historische Literatur hat lange nach einem Funktionsmodell für das Großreich der Mongolen im 13. und 14. Jahrhundert gesucht und schließlich die Formulierung »Effizienzgemeinschaft für Loyalität und Wohlfahrt« gefunden. Die Effizienz zur Durchsetzung des Prinzips von Loyalität und Fürsorge war sozusagen das Dach einer neuen gemeinsamen Identität, unter dem es zwischen den verschiedenen Traditionen und Solidaritäten Ausgleich und Gleichgewicht zu stiften galt. Die augenblickliche Konstellation erinnert stark an diese alte mongolische politische Ökonomie. In der modernen Terminologie würde man diese Politik Populismus oder Neo-Patrimonialismus nennen. Doch auch wenn hier ein System von Ausgleich und Gleichgewicht angestrebt wird, ist dieses Funktionsmodell weit entfernt von einer sozialen »Leistungsgesellschaft« moderner Prägung.



Tabelle 2: Parteien im Überblick

Partei	Sitze	Kurzbeschreibung	Führungspersönlichkeiten
Mongolische Volkspartei (MVP)	45 Sitze	- nationaldemokratische Partei mit Mitte-Links-Orientierung - Ursprünglich MVP - Später (kommunistische) »revolutionäre« Partei – MRVP - Ab 1989/90 »postkommunistische« Reformpartei mit sozialdemokratischem Programm - 2010 wurde das »Revolutionäre« abgelegt	- S. Batbold, jetziger Regierungschef - S. Bayar, Abgeordneter und ehem. Regierungschef
Demokratische Partei (DP)	27 Sitze	- Zusammenschluss von 5 Parteien (Dez. 2000) - Ehem. Nationaldemokratische Partei, Sozialdemokratische Partei, Mutterlands-partei und kleineren Gruppierungen - Liberale Partei der Transformation	- M. Enkhsaikhan, erster Premierminister der DP - Ts. Elbegdorj, Staatspräsident - N. Altankhuyag, Vorsitzender der DP, Vize-Premierminister der Großen Koalition bis 2011
Zivilcourage/Grüne Partei	1/1	- Oppositionspartei - Fusion der Grünen und Zivilcourage-Partei im März 2012 (2011 noch gescheitert)	- D. Enkhbat, Vorsitzender, Abgeordneter und ehem. Parteivorsitzender der Grünen - S. Oyun, Vorsitzende, Abgeordnete - D. Demberel, Vorsitzender, Chef der Industrie- und Handelskammer
Mongolische Revolutionäre Volkspartei (»neue« MRVP)		- Oppositionspartei - Gegründet von N. Enkhbayar - Abspaltung von der MVP	- N. Enkhbayar, Vorsitzender
Grüne		- Oppositionspartei - Überbleibsel der Fusion von Grünen und Zivilcourage-Partei	- Restmitglieder des ehem. Vorstands führen die Partei weiter.
Andere		- Ein Einzug der kleineren Parteien ins Parlament wird aufgrund der Fünf-Prozent-Hürde nicht erwartet.	

Von der Großen Koalition zum heutigen Parteienspektrum

Bis Januar 2012 regierte eine Große Koalition aus MVP und DP. Obwohl die MVP in den Parlamentswahlen von 2008 die absolute Mehrheit gewonnen hatte, führten anschließende Unruhen zur Bildung einer Regierung der »Nationalen Einheit«. Diese Große Koalition wurde von den Medien, den kleinen Parteien sowie von vielen Abgeordneten selbst als undemokratisch und als »Regierung des Nebels« kritisiert, da im Parlament faktisch keine Opposition vorhanden ist, die eine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung übernehmen könnte.

Als historische Leistungen der Großen Koalition können letztlich eine gewisse innenpolitische Entspannung und der Abschluss großer Investitionsverträge mit ausländischen Partnern im Bergbau angeführt werden. Allerdings führte die Verquickung von Regierung und Geschäftsinteressen in der Großen Koalition auch zu

einem gesteigerten Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Politik. So ist der Deal über Förderungen in der Oyu-Tolgoi-Mine viel Kritik seitens der Gewerkschaften und anderen Nichtregierungsorganisationen ausgesetzt.

In einer Befragung erklären 81 Prozent der Bevölkerung die Minenverträge im Allgemeinen nicht für nützlich; nur fünf Prozent halten sie für sinnvoll.⁴

War das politische Leben von 2008 bis 2011 deutlich durch die beiden Parteien MVP und DP dominiert, so hat sich das Parteienspektrum seit Mitte 2011 verändert. Die Zivilcourage-Partei und Grüne fusionierten; N. Enkhbayar gründete die »neue« MRVP. Für die Wahlen im Juni wurden insgesamt elf Parteien oder Partei-Allianzen von der Wahlbehörde zugelassen.

4. International Republican Institute (2012): Survey of Mongolian Public Opinion (October 12–November 12, 2011), USAID–Ulaanbaatar. Es handelt sich um eine repräsentative Untersuchung mit einer Stichprobe von 2.400 Personen und +/- 2 Prozent Irrtumswahrscheinlichkeit.



Reform des Wahlrechts

In der Mongolei herrschte bisher ein Mehrheitswahlrecht in plurinominalen Wahlkreisen, das zu einer Polarisierung der Sitzverteilung führte und im Wesentlichen auch für die Unruhen nach den Parlamentswahlen von 2008 verantwortlich gemacht wird. Nach 3 ½ Jahren politisch-parlamentarischer Diskussion, in die auch Beiträge der Friedrich-Ebert-Stiftung eingebracht wurden, konnte am 15. Dezember 2011 ein neues Wahlrecht verabschiedet werden.

Kritische Betrachtung des bevorstehenden Wahlgangs

Kritische Stimmen befürchten, dass auch bei der anstehenden Wahl nicht alles mit rechten Dingen zugehen wird. Die für die Auszählung eingesetzten Wahlmaschinen stammen von dem US-amerikanischen Unternehmen *Dominion Voting Systems*, deren Maschinen bereits bei der Kommunalwahl im US-Bundesstaat Florida nicht fehlerfrei gearbeitet hatten. Da die Software der Wahlgeräte nicht durch den Hersteller der Geräte programmiert wurde, übernahm dieser keine Verantwortung für die Fehler. In der Mongolei existiert keine Institution, die die Software und deren korrekten Einsatz durch die Wahlbehörde kontrollieren könnte. Die Personen, welche die Zählmaschinen bedienen, stehen ebenfalls außerhalb jeglicher Kontrolle. Es hätten landesweit hunderte Fachleute ausgebildet werden müssen, um die insgesamt 2.500 Maschinen zu überwachen. Stattdessen werden die Wahlen von Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes organisiert, für deren Auswahl jedoch keine Kriterien definiert worden sind.

Darüber hinaus können neu eingeführte elektronische Identitätskarten nicht mehr vor den Wahlen am 28. Juni 2012 an die Bürger/innen ausgegeben werden. So wird teilweise mit digitalen Identitätskarten, teilweise mit normalem Ausweisen und Wählerkarten gewählt werden müssen. Zudem befinden sich viele Bürger derzeit nicht im Besitz eines gültigen Ausweises, da die Verlängerung oder das Ersetzen von alten Ausweisen vor Monaten eingestellt wurde. Diese Situation nährt in der Öffentlichkeit auch den Verdacht möglicher Wahlfälschungen.

Ob die Wahlen der Aimag-Parlamente (Provinzparlamente) parallel zur Wahl des Großen Staatskhurals stattfinden sollten, war eine heiß debattierte Frage in

den Ausschüssen. Die MVP war gegen eine gleichzeitige Parlaments- und Provinzwahl, während die DP aus kosten- und zeitsparenden Gründen dafür stimmte. Der Kompromiss sieht nun gemeinsame Parlaments- und Stadtverordnetenwahlen in Ulaanbaatar vor; die Aimag-Wahlen in den anderen Regionen werden zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt.

Tabelle 3: Das neue Wahlgesetz der Mongolei in Stichpunkten

Neuerung	Inhalt
Proportionalität	Einführung eines gemischten Systems aus 76 Mandaten (48 Direktmandate aus Wahlkreisen und 28 Mandate über Parteilisten; Zahl der Abgeordneten bleibt konstant).
Frauenquote	Einführung einer Frauenquote von 20 Prozent auf der Kandidatenliste.
Einstiegshürde	Für die Parteien gibt es eine Einstiegschürde von 5 Prozent.
Wahlkreise	Begrenzung auf 26 Wahlkreise (Zusammenlegung von Wahlkreisen auf dem Lande). 48 Mandate direkt aus plurinominalen Wahlkreisen und 28 Mandate über Parteilisten. Die Hauptstadt Ulaanbaatar ist aufgeteilt in 6 Wahlkreise mit 14 Mandaten; auf dem Land gibt es 20 Wahlkreise mit 34 Mandaten.
Organisatorische Trennung	Ein Wahlausschuss ist zuständig für die Wahldurchführung und das Bürgerregisteramt für die Wählerlisten.
Wahlkampf	Begrenzung der Ausgaben und Begrenzung der Spendengelder. Die Kandidaten/innen dürfen keine Geldversprechungen mehr machen; zudem existieren strengere Kontrollen von Übertretungen und Verletzungen des Wahlrechts (mögliche Annullierung der Kandidatur).
Kandidatenliste	Jede Partei stellt eine Liste von 76 Kandidaten/innen auf, darunter auch die Direktkandidaten/innen. Wer bei der Direktwahl verliert, kann auch nicht über die Parteiliste ins Parlament einziehen. Das Verfassungsgericht hat einen anderslautenden Beschluss des Parlaments am 2. Mai 2012 für verfassungswidrig erklärt.
Stimmzettel/Wahlmaschinen	Es wird einen Stimmzettel geben, auf dem die Direktkandidaten/innen und die Liste der Parteien stehen. 2.500 elektronische Wahlmaschinen sollen die korrekte Auszählung sicherstellen.
Wahlrecht für Auslands-mongolen	Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes sieht das neue Wahlrecht vor, dass auch Mongolen, die im Ausland leben, wählen können.

Die öffentliche Wahrnehmung: Frust, Arbeitslosigkeit, Armut, Alkoholismus, Korruption

Im November 2011 führte das *International Republican Institute* (für USAID) in der Mongolei eine repräsentative, demoskopische Studie durch, um die Befindlichkeit der Mongolen in ihrer neuen Demokratie zu erfassen. Lediglich 21 Prozent der Befragten gaben an, dass sich das Land auf dem richtigen Weg befinde. 38 Prozent denken hingegen, dass das Land die falsche Richtung einschlage. 36 Prozent behaupteten, sie wüssten es nicht. Bei dem großen Block der »Nicht-Wissenden« kann davon ausgegangen werden, dass ein gehöriger Anteil mit den Entwicklungen nicht zufrieden ist, aus diversen Gründen aber schweigt. Insgesamt dürfte mehr als die Hälfte der Bevölkerung über den eingeschlagenen Kurs und die Entwicklungen in der Mongolei unzufrieden sein. Fragt man nach den Gründen für diese Unzufriedenheit nennen 35 Prozent der Befragten die »schlechten politischen Entscheidungen«, 19 Prozent sehen das Problem in der weit verbreiteten Korruption, für 20 Prozent ist die Armut großer Bevölkerungsteile ursächlich, und für 15 Prozent die unangemessene Nutzung des Rohstoffreichtums sowie die Arbeitslosigkeit. Auf die Frage nach den drei Hauptursachen für die gegenwärtige Problemlage antworteten 24 Prozent mit Arbeitslosigkeit, 13 Prozent mit Armut und sieben Prozent mit der falschen Nutzung der Rohstoffe.

Eine weitere Frage bezog sich auf die Verbesserung der Lebenssituation gegenüber dem letzten Jahr. Nur 14 Prozent der Befragten antworteten, dass es ihnen besser gehe; elf Prozent behaupteten, es gehe ihnen schlechter und 72 Prozent sagten, es gehe ihnen genauso gut oder schlecht wie im Jahr zuvor. Mit anderen Worten: rund 80 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck, keinen Anteil am galoppierenden Wachstum zu haben.

Schicksalswahl 2012 – neues Wählerspektrum und unbekanntes Wahlverhalten

Der rapide demografische Wandel des Landes lässt sich auch anhand einiger Eckdaten darstellen. 25 Prozent der Wähler sind zwischen 18 und 29 Jahre alt, d. h. über deren Wahlentscheidungen existieren bisher nur wenige Erkenntnisse. Wie wird die Gruppe der *Young Urban Professionals* abstimmen, die Bewohner, die vom neuen

Reichtum bereits profitieren konnten? Bleiben die alten Stammwähler der Mongolischen Volkspartei und ihrem Premierminister treu oder wandern sie als Wechselwähler zu anderen Parteien ab, insbesondere zur »neuen« Revolutionären Volkspartei von N. Enkhbayar?⁵

Ebenso unvorhersehbar ist das Abstimmungsverhalten der in den letzten Jahren neu in die Hauptstadt Ulaanbaatar gezogenen ländlichen und in der Stadt entwurzelten Bevölkerung. Gesicherte Prognosen existieren zu keiner dieser Fragen. Bedingt durch das neue Wahlrecht, das die Zusammenlegung vieler Wahlkreise in den ländlichen Gebieten zur Folge hatte, wird sich die Wahl voraussichtlich in Ulaanbaatar entscheiden. Zudem besteht bei den Bürgern/innen das Bedürfnis, neue, »saubere« Politiker ins Parlament zu wählen. Das Vertrauen in die Politik ist offensichtlich erschüttert. Allerdings öffnet sich dadurch auch ein gefährliches Einfallstor für Populisten jeglicher Couleur.

Tabelle 4: Zustimmungsspektrum für politische Parteien in der Mongolei 2012 (in % der Befragten)

Partei	Vertrauen in Partei	Kein Vertrauen in Partei	Weiß nicht	Keine Antwort
MVP	26	24,1	19,6	17,1
MRVP II	22,9	24	19,8	17,3
DP	21,1	24,4	23,2	15,7
CivilWill	9,9	33,5	18,3	23
National-Demokr.	9	34,2	14	26,2
Republikaner	9	36,2	14,7	23,8
Grüne	4,1	33,9	12,4	30,9
Traditions-partei	2,5	34,1	8,4	35,3
Arbeiterp. a. Mong.	2,4	34,1	8	35,7
Mutterlandp.	2,2	35,5	8,5	33,6

Quelle: Tageszeitung *Onoodor* vom 19. März 2012, S. B 3

5. N. Enkhbayar wurde am 13. April 2012 wegen Korruptionsverdachts verhaftet. Hunderte Anhänger protestierten auf dem zentralen Sukhbaatar-Platz und forderten seine Freilassung. Dem entsprachen die Justizbehörden aber nicht, vielmehr verlängerten sie die Untersuchungshaft bis zum 27. Juni 2012. Juristen der Mongolei erklärten N. Enkhbayar daraufhin zum politischen Gefangenen. Nach einem Hungerstreik wurde N. Enkhbayar unter Kaution am 14. Mai 2012 aus der Untersuchungshaft entlassen.



Tabelle 5: Wenn morgen Wahlen wären, wen würden Sie wählen?

Partei	Befragte in Prozent
MVP	24,6
DP	24,4
MRVP	23,5
CivWill	4,7
Repub	3,9
NatD	1,4
Grüne	1,3
Traditionspartei	0,3
Mutterlanspartei	0,4
ArbMong	0,3

Quelle: Tageszeitung *Onoodor* vom 19. März 2012, S. B 3

Verschiedene Stimmen gehen davon aus, dass sich die neue Revolutionäre Volkspartei des Alt-Präsidenten N. Enkhbayar als linkes Protestsammellager etablieren und – mehr als die Demokratische Partei – von der Unzufriedenheit im Volk profitieren wird.

Da das neue Wahlgesetz eine Fünf-Prozent-Hürde vorsieht, dürften die kleineren Gruppierungen versuchen, ihre Kandidaten/innen auf den Listen der großen Parteien zu platzieren. Dieser politische Prozess der Fusionen- und Allianzbildung ist derzeit im Gange. Erstaunlicherweise wird die Führungsqualität einzelner Personen von den Wählern weniger infrage gestellt als das Ansehen von Institutionen.

Die demoskopischen Indikatoren und Erhebungen decken sich mit den Aussagen der Bürger/innen bei Veranstaltungen und Gesprächsrunden:

- Es gibt einen gewissen Fortschritt auf dem Lande, in den Ortschaften und den Kreisstädten. Häuser werden gebaut oder repariert, Autos gekauft, bescheidener Wohlstand und Verbesserungen in physischer Hinsicht sind überall sichtbar.
- Gleichzeitig ist der Erwartungshorizont und die Unzufriedenheit der Bürger/innen gestiegen: »*Cash now! We can't wait!*«
- Ebenso hat sich der Eindruck einer weit verbreiteten Korruption im Lande verfestigt.
- Parallel hat die Verschuldung der Bevölkerung zugenommen. Spezialisierte Banken bieten Kredite für Angestellte und Arbeiter, deren Zinssatz 2,2 Prozent pro Monat beträgt, d.h. einem Jahreszinssatz von mehr als 25 Prozent entspricht.

Fazit – Umbruch und Aufbruch zugleich?

Für das mongolische Volk dürfte die Wahl am 28. Juni 2012 eine Schicksalswahl sein, an der sich der weitere Entwicklungsweg und die Konsolidierungsperspektiven für die Demokratie werden ablesen lassen. Prognosen für den Wahlerfolg bestimmter Parteien abzugeben, ist derzeit unmöglich. Eines lässt sich dennoch vorhersagen: die MVP wird viele ihrer Stammwähler an die MRVP verlieren. Auch die Zivilcourage/Grüne-Partei könnte aus den Verwerfungen der Großen Koalition profitieren, sofern sie es schafft, ihre Kräfte zu bündeln. In diesem Fall würde der Demokratischen Partei und der MVP in der nächsten Legislaturperiode eine echte Opposition erwachsen.

Für die Wähler selbst steht in erste Linie die Hoffnung auf faire und freie Wahlen im Vordergrund. Ob diese Wünsche am 28. Juni 2012 erfüllt werden, wird sich nach der Auszählung der Stimmen am Tag nach der Wahl zeigen.



Über die Autoren

Oyungerel Chogdon ist Projektleiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Mongolei.

Uyanga Tsogtsaikhan ist Programmverantwortliche im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Mongolei.

Dr. Klaus-Peter Treydte war von Februar bis Mai 2012 als Berater im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Mongolei tätig.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien- und Pazifik
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien- und Pazifik

Tel.: ++49-30-269-35-7505 | Fax: ++49-30-269-35-9211
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:
Almut.Weiler@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-173-9